



CDU/CSU-Gruppe in der Fraktion der Europäischen Volkspartei  
(Christdemokraten) im Europäischen Parlament

# EuropaBrief aus Brüssel

des Parlamentskreis Mittelstand Europe (PKM Europe)  
von Markus Pieper MdEP & Markus Ferber MdEP

**Ausgabe November/Dezember 2013**



## Für freiwilliges soziales Engagement

Der PKM Europe setzt sich klar für das Prinzip der Freiwilligkeit bei sozialem Engagement ein. Pieper und Ferber kritisieren: „Unternehmen dürfen nicht gezwungen werden, ihr wohltätiges Handeln offenzulegen. Eine europaweite Berichtspflicht hat zusätzliche Bürokratie und hohe Kosten zur Folge. Wir lehnen den Zwang zur Offenlegung nicht-finanzieller Informationen ab.“ In einem Treffen mit Vertretern der Wirtschaft am 4. Dezember wurde deutlich, wie stark eine Berichtspflicht Unternehmen belastet.

Die Kommission plant, Berichtspflichten zu Sozial- und Umweltengagement für Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern einzuführen. Einige der mitberatenden Ausschüsse wollen diesen Schwellenwert sogar senken, sodass auch Unternehmen mit weniger Mitarbeitern berichten müssten.



PKM Europe Treffen zu CSR-Berichtspflichten

## Fahrtenschreiber zurück im Parlament

Nach langen Verhandlungen zwischen Parlament, Rat und Kommission über Ausnahmen für den Fahrtenschreiber hat der Rat nun seine Position an das Europäische Parlament übermittelt. Knackpunkt ist der Ausnahmeradius. Die Ergebnisse der Trilogverhandlungen sehen 100 km Ausnahmeradius vor. Die CDU/CSU-Gruppe kritisiert die fehlende Praxisnähe. Das Dossier befindet sich jetzt in vorgezogener zweiter Lesung. Am 17. Dezember findet die Ausschussabstimmung statt. Die Plenarabstimmung ist für Januar 2014 vorgesehen.

## Fünf Jahre Small Business Act

Der Small Business Act (SBA) feiert fünfjähriges Jubiläum. Anlässlich der litauischen Ratspräsidentschaft fand die diesjährige KMU-Versammlung in Vilnius am 25. und 26. November statt. Die Konferenz dient der Förderung der europäischen KMU. Jedes Jahr werden Europäische Förderpreise an Unternehmen vergeben, z.B. in den Bereichen Internationalisierung und Innovation.

Die KMU-Versammlung steht immer im Mittelpunkt der KMU-Woche. Europaweit finden dazu Veranstaltungen statt, die u.a über die KMU-Förderung der EU informieren sowie für mehr Anerkennung des Unternehmertums werben.

Die diesjährige Veranstaltung diente der zukünftigen Ausgestaltung des SBA. Der Fokus soll auch in den nächsten Jahren wieder auf dem

Markus.Pieper@europarl.europa.eu  
Markus.Ferber@europarl.europa.eu





CDU/CSU-Gruppe in der Fraktion der Europäischen Volkspartei  
(Christdemokraten) im Europäischen Parlament

# EuropaBrief aus Brüssel

des Parlamentskreis Mittelstand Europe (PKM Europe)  
von Markus Pieper MdEP & Markus Ferber MdEP

**Ausgabe November/Dezember 2013**



Zugang zu Finanzierung, Bürokratieabbau, Zugang zu internationalen Märkten, Bildung, Digitale Agenda liegen.

Über diesen Link erhalten Sie weitere Informationen zum Small Business Act: [Small Business Act](#)

---

## Parlament für Frauenquote

Das Europäische Parlament sprach sich Ende November in Straßburg für eine Frauenquote in den Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen aus. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) müssen durch die Quote aber zunächst keine zusätzliche Bürokratie fürchten. Das Parlament stimmte gegen eine Ausweitung der Regelung auf KMU.

„KMU sind zwar aus der Schusslinie, aber die Chance, mehr Bürokratie aus Brüssel zu verhindern, wurde vertan. Hier wird eindeutig das Subsidiaritätsprinzip verletzt“, so Pieper und Ferber.

Sanktionen fallen nur an, wenn ein Unternehmen nicht nachweisen kann, dass es Maßnahmen zur Förderung des Frauenanteils in Aufsichtsräten ergriffen hat. Bei Nichterreichen der 40%-Regelung liegt kein Verstoß gegen die Richtlinie vor.

## Lebensmittelkontrollverordnung

Die amtliche Lebensmittelüberwachung könnte für Unternehmen in Zukunft teuer werden. „Es ist nicht hinzunehmen, dass Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, zur Zahlung von Gebühren für Lebensmittelkontrollen verpflichtet werden. Die Lebensmittelüberwachung ist Aufgabe des Staates und die Kosten für die Regelkontrollen sollte daher weiter die öffentliche Hand tragen“, so Pieper und Ferber.

Der federführende Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit hat Mitte November seinen Berichtsentwurf zur Lebensmittelkontrollverordnung vorgelegt. Die Verpflichtung der Mitgliedsstaaten, zukünftig Gebühren für die reguläre Lebensmittelüberwachung zu erheben, stellt dabei eine wesentliche Belastung für Unternehmen dar.

Der Berichterstatter im Europäischen Parlament, Mario Pirillo, will Unternehmen von der Gebührenerhebung ausnehmen, deren Jahresumsatz oder Jahresbilanzsumme nicht über 200 000 EUR liegt.

Wir wünschen Ihnen schöne Weihnachtsfeiertage und einen guten  
Start in ein gesundes, erfolgreiches neues Jahr.

Markus.Pieper@europarl.europa.eu  
Markus.Ferber@europarl.europa.eu

